

Region Basel

Besuch beim Europaparlament in Strassburg

Eine Gruppe von Mitgliedern der SP Baselland und Basel-Stadt folgten im Oktober der Einladung der SP 60+ BL zu einem Besuch des Europäischen Parlaments in Strassburg. Magdalena Schmid, Mitglied der SP Baselland

Auf der Bildungsreise gab es bereits während der Carfahrt einen europäischen Bus-Talk. Das Gespräch führte Nationalrat Eric Nussbaumer mit Andreas Schieder, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2019, Delegationsleiter der SPÖ-Fraktion im EU-Parlament und Schattenberichterstatter der sozialdemokratischen Fraktion für die Schweiz. Er glaubt, dass das neue Abkommen Bilaterale III zwischen der EU und der Schweiz allen mehr Rechtssicherheit bringen wird.

Arbeitsweise des EU-Parlaments
EU-Parlamentarier:innen sind viel auf Reisen, haben meist ein Büro am Hauptsitz in Brüssel und in Strassburg und werden von der EU entlohnt. Auf Grund der geltenden Verträge tagt das Parlament einmal pro Monat in Strassburg. Eine aufwändige logistische Übung. Sorgen bereitet, dass die pro-europäische Mitte bröckelt und die nationalistische Rechte erstarkt. Das Parlament wird alle fünf Jahre von den Wahlberechtigten

der 27 Mitgliedstaaten direkt gewählt. Zusammen mit dem Europäischen Rat – den Staats- und Regierungschefs – sind die Abgeordneten die Gesetzgebenden. Im Europäischen Rat gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Für die EU-Kommission, die Exekutive, nominiert jeder Mitgliedstaat je eine Person. In zahlreichen Ausschüssen werden zu vielfältigen Themen Gesetzesvorlagen beraten und erarbeitet.

Beeindruckende Architektur und Geschichte

Die ersten Eindrücke waren so überwältigend, wie es die Ausmasse des Rundbaus sind. Das Parlamentsgebäude ist nach Louise Weiss benannt. Die 1893 geborene Journalistin, Schriftstellerin, Feministin

und Politikerin war eine engagierte Verfechterin der europäischen Idee und – in einer männerdominierten Zeit – EU-Abgeordnete von 1979 bis zu ihrem Tod 1983.

Ines Grau führte uns mit ihrer Assistentin durch die architektonisch imposanten und weitläufigen Räumlichkeiten des Parlaments und des Plenarsaals.

Einblick in den politischen Alltag

Vivien Costanzo, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2024, gehört mit Jahrgang 1990 zur jüngeren Generation der Abgeordneten und konnte sich eigentlich nicht vorstellen, in diesem Amt zu landen. Sie betonte, wie wichtig es für sie war, dass jemand zu ihr sagte: «Jetzt mach das mal.» Ihr politischer Weg führte sie über die JUSO in die SPD. Sie sitzt im Ausschuss Transport und Tourismus und referierte so lebendig wie wortgewandt über ihre Arbeit an Verkehrs- und Umweltfragen am Beispiel der Herausforderungen der Autoindustrie. Ärgerlich sei es, dass die Mühlen der EU sehr langsam mahlen.

Wer sich für die Debatten interessiert, kann sie über den Livestream via Multimedia Centre verfolgen.

«Europa entsteht im Gespräch»

Roche-Bebauungsplan

Anträge im öffentlichen Interesse gescheitert



1960 noch das höchste Gebäude der Schweiz, wirkt der Bau 52 heute wie ein Zwerg und versinnbildlicht den Quantensprung der Entwicklung.

Die SP forderte im Grossen Rat wichtige Ergänzungen für das Roche-Areal: eine öffentliche Durchwegung, eine breitere Solitude-Promenade und den Erhalt von Bau 52. Die bürgerliche Mehrheit setzte sich letztendlich durch. Dennoch war die Debatte über die Rolle des Parlaments beim Erlass von Bebauungsplänen wichtig.



Salome Bessenich, Grossrätin, Vizepräsidentin Bau- und Raumplanungskommission

Mit 50 zu 45 Stimmen bei einigen Enthaltungen wurden die wichtigen Ergänzungen, die die linke Mehrheit in der Bau- und Raumplanungskommission erarbeitet hatte, im Grossen Rat wieder rausgestrichen. Dennoch stimmte der Grossteil der Fraktion dem Bebauungsplan für das Roche-Südareal zu: Unsere Haltung war von Anfang an, dass wir zwar Ergänzungsbedarf sehen, diese

Entwicklung aber ermöglichen wollen. Unsere Ergänzungen hätten weder die Realisierung von Bau 3 noch das neue Besucherzentrum oder die Erstellung des neuen Parks beeinträchtigt – auch nicht der Erhalt von Bau 52. Dafür hätte lediglich eine asphaltierte Autovorfahrt anders realisiert werden müssen.

Bau 52 ist laut Gutachten schutzwürdig und -fähig

Umstritten war insbesondere der Erhalt von Bau 52. Das «alte» Hochhaus von Ronald Rohn war 1960 das höchste Hochhaus der Schweiz und gilt als erstes Schweizer Gebäude mit einer «Curtain-Wall»-Fassade. Inzwischen ein Zwerg vor Bau 1 und Bau 2, zeugt das Gebäude vom Quantensprung, den Roche seit den 1960er-Jahren vollzogen hat. Neben der architekturhistorischen Bedeutung von Bau 52 war für die Fraktion jedoch entscheidend, dass diverse Gutachten belegten, dass Bau 52 in gutem Zustand ist und saniert werden könnte. Das Gebäude wäre demnach auch schutzwürdig, wenn da nicht die tiefen baulichen Eingriffe aufgrund von Standards wären, die sich Roche selbst auferlegt hat. Wir halten es für hochproblematisch, wenn eine Eigentümerschaft selbst entscheiden kann, ob ein unbestritten schutzwürdiges Gebäude unter

Schutz gestellt werden kann oder nicht.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Viel wichtiger für die breite Öffentlichkeit wären jedoch die Verbesserungen entlang der Solitude-Promenade gewesen. Die bürgerliche Mehrheit hatte inhaltlich nichts dagegen, wollte aber Roche keinesfalls verbindliche Vorgaben dazu machen. So bleibt nun zu hoffen, dass Roche betreffend die geplante Umgestaltung der Solitude-Promenade Wort hält und nicht nur «Hand», sondern konkrete Quadratmeter bieten wird.

Politische Deutungshoheit beim Grossen Rat

Mit unseren Anträgen haben wir eine intensive Debatte angestossen darüber, was man Privaten in Bebauungsplänen vorschreiben darf oder auch nicht. Unsere Haltung ist klar: Wer mehr bauen darf, als das Gesetz erlaubt, muss auch die öffentlichen Interessen berücksichtigen. Dazu gehören zugängliche Freiräume, ein sorgfältiger Umgang mit dem Bestand und eine quartierverträgliche Entwicklungsstrategie, die die Bedürfnisse der Bevölkerung miteinbezieht. Dafür werden wir uns auch zukünftig in der Bau- und Raumplanungskommission und im Grossen Rat voller Überzeugung einsetzen.

Wahlen in Riehen

Hoffnung für den zweiten Wahlgang

Riehen hat gewählt. Obwohl die SP zwei Sitze einbüsste, bleiben wir stärkste Kraft. Doppelt wichtig: Die verlorenen Sitze bleiben im Mitte-links-Lager, und im zweiten Wahlgang für die Exekutive ist noch so einiges möglich – mit deiner Unterstützung!



Susanne Fisch, Mitglied der Wahlleitung

Unter uns: Dass es schwierig wird, die zehn bisherigen Sitze im Einwohnererrat zu halten, war von Anfang an klar. Die Gründe sind mannigfaltig: Den zehnten Sitz konnte die SP vor vier Jahren nur dank viel Proporzglück für sich gewinnen. Zudem traten dieses Mal drei bisherige wähler:innenstarke Einwohnerrät:innen aus persönlichen Gründen nicht mehr an. Und zu schlechter Letzt ist ein neues Wahlgesetz in Kraft getreten, welches die grossen Parteien benachteiligt. Die Wahlreform führte immerhin dazu, dass die verlorenen Sitze an die Listen von Grüne-BastA! sowie GLP gingen. Im bürgerlichen Riehen ist das eine echte Erfolgsmeldung – die Sitze hätten durchaus an die SVP fallen können, die bedauerlicherweise prozentual dazugewonnen hat. Wichtig bleibt zu betonen, dass die SP 21,15 Prozent Wähler:innen-Anteil holte. Damit bestätigte sie die guten Resultate von 2018 und 2022, ihren Status als Riehens wähler:innenstärkste Partei. Dieser Erfolg war möglich auch dank der Unterstützung von Genoss:innen aus der Stadt beim Telefonieren und auf der Strasse – herzlichen Dank für eure Solidarität!

Finanzielle Schieflage noch nicht durchgesickert

Was zum Wahlkampf sonst noch zu sagen ist: Die Schieflage des

Gemeindehaushalts scheint noch keinen Effekt auf die Wahlergebnisse gehabt zu haben. Weder konnten die Bürgerlichen zulegen und beweisen, dass sie den Problemen gewachsen sind. Noch konnten wir gut genug aufzeigen, welch drastische Folgen die neoliberale Abbaupolitik für die Menschen in Riehen hat. Das spiegelte sich auch in einer sehr tiefen Wahlbeteiligung von knapp 40 Prozent wider. Ob dieser Schlafwagen-Wahlkampf weitergeht, wird sich nun im zweiten Wahlgang für den Gemeinderat weisen.

Angriff auf SVP-Gemeinderatssitz

Was die Exekutive betrifft, ist die Ausgangslage für den zweiten Wahlgang vielversprechend. Felix Wehrli von der SVP hat das absolute Mehr verpasst und muss im zweiten Wahlgang noch einmal antreten. Gleichzeitig konnten wir mit unseren beiden Kandidaturen den vakanten SP-Sitz von Guido Vogel noch nicht verteidigen. Im zweiten Wahlgang wird also die Riehener Bevölkerung zwei Gemeinderatssitze besetzen.

Unser Duo mit Anna Verena Baumgartner und Martin Leschhorn hat ein sehr gutes Resultat erzielt. Für die SP Riehen ist deshalb klar: Wir streben mit Anna Verena und Martin beide Sitze an. Für das Erfolgsrezept im zweiten Wahlgang brauchen wir aber noch folgende Zutaten: Ein wenig inhaltliche Würze, um den Menschen klarzumachen, dass die fortwährende bürgerliche Dominanz im Gemeinderat für die Menschen in Riehen unverträglich ist. Und: Den vollen Einsatz unserer Genoss:innen in Riehen und aus der Stadt. Wir zählen auf euch!



Anna Verena Baumgartner und Martin Leschhorn treten noch einmal gemeinsam für die verbleibenden beiden Gemeinderatssitze an. Für sie kannst du nun noch einmal mobilisieren.



Melde dich jetzt für die Telefonaktionen zum 2. Wahlgang an!

Der Basler Hafen ist ein für die ganze Schweiz wichtiger Umschlagplatz im internationalen Warenverkehr.

Klimaschutz ohne Landesgrenze

Klimaschutz darf nicht an der Landesgrenze aufhören. Dafür wird bald eine neue Initiative lanciert, unterstützt von der SP. Die «Permafrost-Initiative» will, dass die Schweiz endlich Verantwortung für alle ihre Emissionen übernimmt – auch für jene, die im Ausland entstehen.



Thomas Fastermann,
Vizepräsident SP
Basel-Stadt

Einladung zur Diskussion

Wir wollen die Initiative genauer anschauen. Mit Expert:innen und interessierten Mitgliedern diskutieren wir über ihren Wortlaut und die importierten Emissionen. Und darüber, wie es um die Basler «Klima-Loki» und unsere Fortschritte bei der Bekämpfung der lokalen Emissionen steht.



**Am Samstag,
22. November,
von 14 bis 17 Uhr**
Ort und weitere
Details findest du über
diesen QR-Code.

Wie gross ist eigentlich unser CO₂-Fussabdruck in Basel? Auf den ersten Blick sieht er gar nicht so schlecht aus – wir haben uns breit unterstützte und ambitionierte Ziele gesetzt, sparen Energie, heizen klimafreundlicher, starten die Solaroffensive, lassen das Velonetz wachsen und die Busse elektrisch fahren. Doch ein genauer Blick zeigt: Der grössere Teil unserer Emissionen entsteht gar nicht hier, sondern im Ausland, durch den Import von Lebensmitteln, Kleidung, Elektronik und vielem mehr. Genau hier setzt die Permafrost-Initiative an.

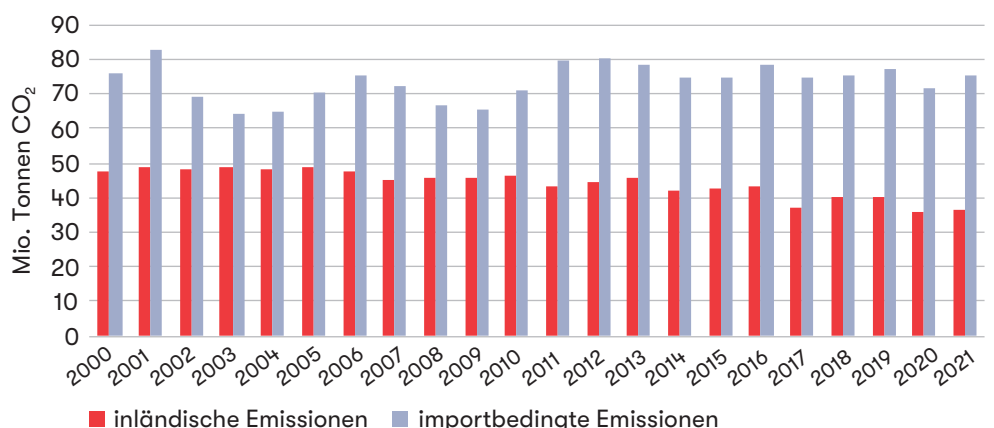
Klimaschutz ehrlich und konsequent

Während die inländischen Emissionen der Schweiz sinken, steigen die so genannten grauen Emissionen im Ausland stetig. Die

Emissionen, die nicht im Inland anfallen, sind pro Kopf schätzungsweise etwa viermal höher. Damit gehört die Schweiz zu den Ländern mit dem grössten CO₂-Fussabdruck pro Kopf. Trotzdem werden sie in der Klimapolitik bislang ausgeblendet. Die Permafrost-Initiative will das ändern: Sie verlangt, dass auch diese importierten Emissionen bei den Klimazielen einberechnet werden. So wird Klimaschutz ehrlich, konsequent und vollständig.

Sozial gerecht und wirtschaftlich klug
Glaubwürdige Klimapolitik muss sozial gerecht und international solidarisch sein. Mit einer solchen Klimagerechtigkeit schützen wir jene, die am stärksten betroffen sind – ob in den Alpen, im globalen Süden oder in den Quartieren unserer Städte. Und sie stärkt jene Unternehmen, die heute schon nachhaltig produzieren. Wenn importierte Emissionen endlich zählen, verliert das klimaschädliche Carbon Leakage, also die Verlagerung von Produktion ins Ausland, an Attraktivität.

Treibhausgasemissionen der Schweiz



Zynische Einsparungen auf Kosten von Senior:innen

Bei den kommenden Abstimmungen entscheiden wir im Baselbiet ein weiteres Mal über eine Abbauvorlage. Einmal mehr versucht Finanzdirektor Lauber, die Folgen seiner verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik auf jene abzuwälzen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Nils Jocher, Tania Cucè, Sandra Strüby-Schaub (Präsidium der SP Baselland)

Das Ergänzungsleistungsgesetz soll revidiert werden, um Kosten zu sparen. Ergänzungsleistungen (EL) unterstützen Menschen, die AHV oder IV beziehen und deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Sie greifen, wenn die anrechenbaren Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Als Einnahme wird auch ein Teil des Vermögens berücksichtigt. Neu soll dieser sogenannte Vermögensverzehr für Heimbewohnende, die EL beziehen, von 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Das bedeutet: Das wenige Ersparte, das Betroffene noch haben, wird doppelt so schnell aufgebraucht.

120 Franken weniger pro Monat

Die Ergänzungsleistungen sinken mit der Teilrevision um durchschnittlich 120 Franken pro Monat. Betroffen wären rund 740 Personen. Das sind 37 Prozent aller EL-Beziehenden in Heimen und Spitälern sowie viele IV-Beziehende. Wir erinnern uns: Ergänzungsleistungen erhält nur, wer mit seiner Rente nicht über die Runden kommt. 120 Franken weniger pro Monat ist eine enorme Belastung für diese Menschen, die ohnehin unter steigenden Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungskosten leiden.

Eine Schikane für Seniorinnen und Senioren

Die angeblichen Einsparungen sind verschwindend klein im Verhältnis zum Preis, den die Betroffenen zahlen. Weniger als 3 Millionen Franken pro Jahr fliessen durch diese Leistungskürzungen in die Staatskasse. Das ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Hinzu kommt: Bereits heute werden ausbezahlte Leistungen nach dem Tod von EL-Beziehenden zurückgefordert. Mit dem höheren Vermögensverzehr wird zwar weniger EL ausbezahlt,

gleichzeitig fällt aber auch die Rückforderung bei den Erben kleiner aus. Das finanzielle «Einsparpotenzial» der Revision wird also noch weiter schrumpfen.

Entlastung statt Schikane

Das Baselbiet braucht keine zynischen Kürzungen bei den Sozialleistungen auf dem Rücken von Menschen mit tiefen und middle-

ren Einkommen. Im Gegenteil: Es braucht gezielte Unterstützung. Etwa durch höhere Prämienverbilligungen, bezahlbare Kinderbetreuung und eine existenzsichernde Sozialhilfe.

Wir müssen uns mit aller Kraft gegen solche Abbauvorlagen wehren. Nur so können wir der kurzsichtigen Finanzpolitik Laubers entgegenreten, die systematisch Leistungskürzungen provoziert, indem sie Steuer geschenke an Menschen mit hohen Vermögen und Einkommen verteilt.

Am 30. November: Nein zur Schikanierung von Seniorinnen und Senioren, Nein zur Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes!

Seniorinnen und Senioren schikanieren?





Wir wollen eine Zweistandortlösung

Die Sorge um uns selbst und andere steht im Zentrum unseres Lebens. Als SP setzen wir uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die sich als echter Service public versteht. Eine Versorgung, die sich konsequent an den Bedürfnissen der Patient:innen orientiert.

Was das konkret für die Gesundheitspolitik im Baselliet bedeutet, haben wir am Parteitag vom 18. Oktober diskutiert. In einem einführnden Referat zeigte Nationalrätin und Gesundheitspolitikerin Sarah Wyss, weshalb im heutigen Gesundheitssystem oft nicht der Mensch, sondern die Wirtschaft im Vordergrund steht. Fehlanreize im Finanzierungssystem, unsoziale Kopfprämien, der zunehmende Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung – all das sind Herausforderungen, denen wir uns als SP auf nationaler wie auch kantonaler Ebene stellen müssen.

Konkrete Fragen aus der Gesundheitspolitik

In Workshops beschäftigten wir uns mit ganz konkreten aktuellen Fragen: Wie können wir die Versorgungssicherheit bei den Medikamenten verbessern? Wie können wir die Förderung von geschlechterspezifischer Medizin sicherstellen? Wieso explodieren die Kopfprämien und was machen wir dagegen? Die Grossrätinnen Melanie Eberhard und Maria Schäfer führten uns ins Thema der öffentlichen Medikamentenversorgung ein. Mit Fraktionspräsident Adil Koller diskutierten wir über die Prämienentwicklung, während

mit Landrätin Lucia Mikeler Knaack und JUSO-Präsidentin Janine Oberli das Thema Gendermedizin beleuchtet wurde.

Verstärkte Zusammenarbeit und zwei Spitalstandorte

In einem Positionspapier haben wir schliesslich Position bezogen zu den drängendsten Fragen der Baselliet Gesundheits- und Spitalpolitik: zur Angebotsstrategie und Standortfrage des Kantonsspitals sowie zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Gesundheitsplanung. Im Papier halten wir fest, wofür wir uns einsetzen. Wir wollen zwei Spitalstandorte für unser Kantonsspital, eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt zur Stärkung der gemeinsamen Gesundheitsregion und die Beibehaltung der vollen Patientenfreizügigkeit. Ausserdem fordern wir ein Konzept für ambulante Praxen und Gesundheitszentren und deren schrittweisen Aufbau; Ambulantisierung soll gefördert werden, wo Qualität gesichert bleibt und Kosten dadurch reduziert werden können.

Die Gesundheitspolitik steht vor vielen Baustellen. Wir werden uns weiterhin mit voller Kraft für eine Gesundheitsversorgung einsetzen, die für alle zugänglich, qualitativ hochwertig und sozialverträglich finanziert ist.

Save the dates



Dreikönigsapéro, Jahresauftakt

Sonntag, 4. Januar, um 11.00 Uhr in Muttenz

Delegiertenversammlung

Dienstag, 13. Januar, um 19.30 Uhr in Laufen

Vernetzung Gemeinderät:innen

Freitag, 6. Februar, am Abend in Bottmingen

Geschäftsdelegiertenversammlung

Samstag, 21. März, um 13.30 Uhr in Muttenz

Sessionsbericht und Neumitgliederapéro

Mittwoch, 25. März, um 19.30 Uhr in Liestal

1. Mai – Demo und Fest

Freitag, 1. Mai, am Nachmittag in Liestal

Das grosse Jassturnier

Samstag, 9. Mai, am Nachmittag in Birsfelden

Delegiertenversammlung und Sommerfest

Samstag, 20. Juni, um 13.30 Uhr

Sessionsbericht aus der Sommersession

Montag, 29. Juni, um 19.30 Uhr

Wahldelegiertenversammlung

Samstag, 22. August, um 14.00 Uhr in Allschwil

Delegiertenversammlung

Mittwoch, 23. September, um 19.30 Uhr in Therwil

Sessionsbericht aus der Herbstsession

Mittwoch, 14. Oktober, um 19.30 Uhr

Buchbesprechung

Beherzt voran

Angeline Fankhauser ist 89 Jahre alt. Marc Joset würdigt ihr jahrzehntelanges beherztes Engagement.

Angeline kam 1936 in La Rippe (VD) zur Welt. Ihre Mutter war Wäscherin, ihr Vater ein Stallknecht. Er starb früh. Sozialhilfe federte die Not ab. Noch fehlten IV und AHV. 1943 schockierte Angeline, wie Flüchtlinge abgewiesen wurden.

Angeline zog 1962 mit ihrer jungen Familie nach Binningen (BL). Ihr Mann arbeitete bei der Gemeindepolizei. Angeline engagierte sich für Tagesmütter und Spielplätze. 1972 avancierte sie zur Einwohnerin, 1976 zur Land- und 1983 zur Nationalrätin, die erste aus dem Kanton Baselland.

Beruflich leitete Angeline die Familienhilfe bei der Pro Juventute (1974–86) und das Arbeiter:innen-Hilfswerk (1986–97). Sie präsidierte auch die Flüchtlingshilfe und, 1997 pensioniert, die Grauen Panther:innen (NWCH) sowie weitere Organisationen.

Marc Josets anschauliche Hommage berührt – weit über informative Daten hinaus. Kein Wunder, bei so einer Protagonistin.

Ueli Mäder

Marc Joset: **Beherzt voran! Angeline Fankhauser.**
Porträt einer Politikerin. Edition Text und Media (ETuM.ch).
87 Seiten, CHF 20.–. ISBN: 978-3-9526337-9-3.
Vertrieb: kontakt@margreth-von-holt.ch

Ausschreibung Mitgliedschaft Arxhofkommission

Die Arxhofkommission berät und unterstützt die Direktion des Massnahmenzentrums für junge Erwachsene Arxhof (MZjE) in ihrer Arbeit und erhält Einblicke in betriebliche, finanzielle und personelle Angelegenheiten des MZjE Arxhof.

Die Arxhofkommission besteht aus neun Mitgliedern und tritt mindestens einmal pro Quartal zusammen. Die SP war bislang mit einem Sitz in der Kommission vertreten und möchte den nun frei werdenden Sitz verteidigen.

Hast du Interesse, in der Arxhofkommission mitzuarbeiten? Dann lass uns deine Bewerbung bis zum 28. November an fraktionspraesidium@sp-bl.ch zukommen.

Bei Fragen kannst du dich jederzeit an Fraktionspräsident Adil Koller (fraktionspraesidium@sp-bl.ch) oder das SP-Sekretariat (info@sp-bl.ch) wenden.

Aus dem Landrat

Zukunft Universitätsvertrag

Die Parlamente beider Basel haben Mitte Oktober den Leistungsauftrag und das Globalbudget für die Universität Basel für die Jahre 2026–29 mit einer Kostensteigerung von 11 Prozent verabschiedet. Die partnerschaftliche Finanzierung der Universität ist somit für weitere vier Jahre gesichert.

Drohende Unterfinanzierung
Trotzdem wird die gemeinsame Trägerschaft von bürgerlicher Seite in Baselland in den kommenden vier Jahren unter Druck geraten. Einerseits ist der Kanton Baselland – auch selbstverschuldet durch Steuergeschenke – in einer schwierigen finanziellen Situation. Andererseits wiegen bei der Universität die Entwicklungen der letzten Jahre schwer. Die Teuerung kann für das Personal zwar teilweise ausgeglichen werden, allerdings nur auf Kosten eines Defizits und unter Einsatz des Eigenkapitals. IUV-Beiträge der anderen Kantone und Bundessubventionen drohen

wegzubrechen. Zusätzlich wurden und werden in der Bilanz Abschreibungen auf Neubauten (z.B. Biomedizin) aktiviert. Es drohen also eine Unterfinanzierung und eine Schwächung der Uni.

Universität Basel als bikantonales Projekt

Seit der letzten Legislatur erfolgt die Finanzierung der Universität durch die Trägerkantone nach deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Basel-Stadt bezahlt so jedes Jahr 30 Mio. mehr an die Universität, obwohl 20 Prozent weniger Studierende aus dem Stadtkanton stammen als aus



Roman Brunner, Landrat

dem Baselbiet. Diese Finanzierung entspricht sozialdemokratischen Prinzipien. Umso wichtiger ist ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Trägerschaft, wie es auch in der Tradition der SP Baselland steht. So waren sowohl Leo Lejeune und Paul Jeni bei der Erarbeitung des Universitätsvertrags 1975 als auch Peter Schmid und Urs Wüthrich bei der Aufgleisung der gemeinsamen Trägerschaft 2007 als Erziehungsdirektoren massgeblich beteiligt. Die Akzeptanz dieser gemeinsamen, solidarischen Trägerschaft ist nicht zuletzt

davon abhängig, dass die Universität von einer breiten Bevölkerung getragen und als ihre Uni, nicht als reiner Kostenfaktor, betrachtet wird.

Ein Gewinn für die gesamte Region

Schlussendlich kommt eine starke Universität Basel der ganzen Region zugute. Einerseits profitieren wir mit der Universität als wichtigem Puzzelstück einer weltweit einzigartigen Life-Science-Region wirtschaftlich enorm. Andererseits ermöglicht die Universität gesellschaftspolitische Diskussionen und Entwicklungen, die für das Zusammenleben der Menschen unglaublich relevant sind. Und drittens sind studentische Mobilität und Wissenstransfer über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus Errungenschaften der letzten 50 Jahre, die aus einer zeitgemässen Bildungslandschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Aus dem Grossen Rat

Wohnschutz unter Druck

Das neue Monitoring des Statistischen Amtes zeigt es eindrücklich: Der Wohnschutz erfüllt seine Hauptzwecke. Es gibt nur noch wenige Leerkündigungen, und überrissene Neuvermietungen nach Sanierungen sind in Basel-Stadt gestoppt. Der Kanton schiebt damit der Verdrängung und der unnötigen Verteuerung einen Riegel vor. Zu einem ähnlichen Schluss kommt eine neue Studie der ETH Zürich im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO), welche den Zusammenhang zwischen Bautätigkeit und Verdrängung untersuchte. Sie zeigt, dass der erhöhte Schutz von Wohnraum keineswegs im Widerspruch zur Bautätigkeit steht, das verdeutlichen



Ivo Balmer, Grossrat

Erkenntnisse aus Genf und Lausanne eindrücklich.

Bürgerliche Motionen zielen auf gesetzliches Fundament

Der Basler Regierungsrat hatte im Sommer angekündigt, die Verordnung anzupassen, um das Bewilligungsverfahren weiter zu vereinfachen und höhere

Aufschläge bei umfassenden Sanierungen zuzulassen. Die Bürgerlichen wollen dennoch weitere Lockerungen des Wohnschutzes. Wissenschaftliche Erkenntnisse, geschweige denn eine saubere Evaluation der angepassten Wohnschutzpraxis nach den angekündigten Lockerungen interessieren sie offensichtlich nicht. Vielmehr zielt die bürgerliche Mehrheit direkt auf das gesetzliche Fundament und hat dazu ihre drei Antiwohnschutz-Motionen erneut an den Regierungsrat zur Umsetzung überwiesen.

SP wehrt sich mit Mietenden

Das Motiv des geschlossenen bürgerlichen Blocks von der SVP

bis zur GLP ist klar: Sie möchten wieder zurück zum alten «Laissez-faire-System» von übersteuerten Mieten nach Sanierung. Leerkündigungen und Verdrängung nehmen sie grobfahrlässig in Kauf, die sozialen und wohnpolitischen Fortschritte der letzten Jahre in unserem Kanton sind der bürgerlichen Mehrheit ein zu grosser Dorn im Auge.

Diese Blockadehaltung verunmöglicht eine sachliche Diskussion und gefährdet den Wohnfrieden. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin zusammen mit den Mietenden entschieden gegen diese permanenten Angriffe zur Wehr setzen, sei es im Grossen Rat oder mit direktdemokratischen Initiativprojekten.